

Vielen Dank für Ihr Interesse an unseren juristischen Fachbüchern.

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie einen Auszug Ihres gewünschten JVP-Exemplars als Leseprobe.

Sie können die komplette Ausgabe jederzeit direkt „online“ unter **www.jvpegnitz.de**, per Fax oder Telefon bestellen.

Juristischer Verlag Pegnitz

Lohestraße 17

D - 91257 Pegnitz

Telefon: +49 - (0)9241 / 8091-0

Telefax: +49 - (0)9241 / 8091-21

E-Mail: info@jvpegnitz.de

Internet: <http://www.jvpegnitz.de>

Materielles Strafrecht

von

Silvia Eger
Diplom-Rechtspflegerin (FH)
Hauptamtliche Lehrkraft an der
Bayerischen Justizakademie

Stand: Februar 2024

Juristischer Verlag Pegnitz GmbH

Vorwort

Auch wenn Sie später nicht in der Lage sein müssen, als Richter über das Schicksal von Straftätern zu entscheiden, so ist das materielle Strafrecht doch hervorragend geeignet, Ihnen einen systematischen Umgang mit dem Gesetz zu vermitteln. Es gehört zu den Grundkenntnissen einer juristischen Ausbildung, zumal Sie in Ihrer späteren Tätigkeit immer wieder mit Begriffen aus diesem Bereich konfrontiert werden. Abgesehen davon ist es aufgrund der Lebensnähe ein interessantes Fach, das sehr viel Spaß machen kann.

Ziel der Stoffvermittlung im Fach „Materielles Strafrecht“ soll insbesondere sein, dass Sie aufgrund eines Sachverhalts in der Lage sind, die in Frage kommenden Strafnormen zu finden und anhand von bestimmten Aufbauschemata zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Bestrafung eines Täters vorliegen.

Das vorliegende Lehrbuch soll Ihnen dabei anhand von zahlreichen Beispielen und Übungen Schritt für Schritt die Zusammenhänge verständlich machen und Sie auf die gutachtliche Lösung von Klausuren vorbereiten. Dazu empfehle ich dringend, die angebotenen Beispiele und Übungen auch tatsächlich selbst zu erarbeiten. Also immer Papier und Stift bereithalten!

Das Lehrbuch wendet sich überwiegend an die Auszubildenden zur Justizfachwirtin / zum Justizfachwirt. Es orientiert sich am vollständig überarbeiteten aktuellen Rahmenstoffplan vom 01. September 2005. Es enthält auch ergänzende Anmerkungen außerhalb des Rahmenstoffplans, die Sie an der Überschrift und dem kleineren, kursiven Schriftbild erkennen können. Das Lehrbuch kann auch zur Schulung der Justizangestellten und in der Gerichtsvollzieherausbildung herangezogen werden.

Für Hinweise, Anregungen und Verbesserungsvorschläge bin ich immer sehr dankbar! Denn nur wer weiß, dass er Fehler gemacht hat, kann diese auch bereinigen. Am besten Sie schicken mir eine Mail an: silvia.eger@ja-peg.bayern.de.

Inhaltsverzeichnis

I. MATERIELLES STRAFRECHT ALLGEMEINER TEIL.....	13
1 Der staatliche Strafanspruch oder „Auge um Auge, Zahn um Zahn“	15
2 Zweck der Strafe	16
3 Unterscheidung materielles und formelles Strafrecht	17
4 Grundsätze des materiellen Strafrechts	19
4.1 Gesetzlichkeitsprinzip	19
4.2 Täter kann nur eine natürliche Person sein	20
4.3 Im Zweifel für den Angeklagten (in dubio pro reo)	20
4.4 Grundsatz der materiellen Rechtskraft.....	21
5 Das kleine Wörterbuch des Strafrechts	21
6 Aufbau des Strafgesetzbuches.....	24
7 Der Aufbau eines Straftatbestandes oder „Die 3 Stufen der strafbaren Handlung“	25
8 Die Suche nach dem staatlichen Strafanspruch	28
9 Der Tatbestand	30
9.1 Der objektive Tatbestand	31
9.2 Der subjektive Tatbestand	32
9.2.1 Der Vorsatz	33
9.2.2 Die Fahrlässigkeit	39
9.2.2.1 Strafbarkeit der Fahrlässigkeit	40
9.2.2.2 Objektive Sorgfaltspflichtverletzung	41
9.2.3 Sonstige subjektive Merkmale	44
10 Die Rechtswidrigkeit.....	47
10.1 Positive Feststellung der Rechtswidrigkeit.....	47
10.2 Rechtfertigungsgründe.....	49
10.2.1 Die Notwehr/Nothilfe, § 32 StGB oder „Das Recht muss dem Unrecht nicht weichen“	51
10.2.2 Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	54
10.2.3 Einwilligung in die Körperverletzung, § 228 StGB	56
10.2.4 Erziehungsrecht, § 1631 BGB	58

10.2.5	Ausübung einer Dienst- oder Amtspflicht, § 758 Abs. 2 ZPO	58
10.2.6	Die vorläufige Festnahme, § 127 StPO	59
11	Die Schuld oder „Der Schlüssel zur Strafzumessung“	61
11.1	Schuldfähigkeit.....	62
11.2	Entschuldigungsgründe	63
11.2.1	Überschreitung der Notwehr, § 33 StGB	63
11.2.2	Entschuldigender Notstand § 35 StGB	65
12	Der Versuch	68
12.1	Strafbarkeit des Versuchs	70
12.2	Der subjektive Tatbestand – Tatentschluss	71
12.3	Der objektive Tatbestand – unmittelbares Ansetzen zur Tat	72
12.4	Rechtswidrigkeit und Schuld	74
13	Täterschaft und Teilnahme	76
13.1	Täterschaft	78
13.1.1	Alleintäter	78
13.1.2	Mittäter, § 25 Abs. 2 StGB	78
13.2	Teilnahme	83
13.2.1	Anstiftung, § 26 StGB	84
13.2.2	Beihilfe, § 27 StGB	88
14	Das Rechtsfolgesystem.....	90
14.1	Strafen	91
14.1.1	Hauptstrafen	91
14.1.1.1	Freiheitsstrafe, § 38, 39 StGB	92
14.1.1.2	Bewährung.....	92
14.1.1.3	Geldstrafe, §§ 40 bis 43 StGB	93
14.1.2	Nebenstrafen	94
14.1.2.1	Fahrverbot, § 44 StGB	94
14.1.2.2	Verlust der Amtsfähigkeit und Wählbarkeit, § 45 Abs. 2 StGB	96
14.1.2.3	Verlust des aktiven Wahlrechts, § 45 Abs. 5 StGB	96
14.2	Nebenfolgen.....	97
14.3	Maßregeln der Besserung und Sicherung	98
14.3.1	Unterbringung in psychiatrischem Krankenhaus, §§ 61 Nr. 1, 63 StGB	99
14.3.2	Unterbringung in einer Entziehungsanstalt, §§ 61 Nr. 2, 64 StGB	100
14.3.3	Unterbringung in der Sicherungsverwahrung, §§ 61 Nr. 3, 66 StGB	101
14.3.4	Führungsaufsicht, §§ 61 Nr. 4, 68 ff. StGB	102
14.3.5	Entziehung der Fahrerlaubnis, §§ 61 Nr. 5, 69 ff. StGB	102
14.3.6	Berufsverbot, §§ 61 Nr. 6, 70 ff. StGB	104

14.4	Rechtsfolgen eigener Art	105
14.4.1	Einziehung, §§ 73 ff. StGB	105
14.4.1.1	Einziehung von Taterträgen §§ 73-73e StGB	105
14.4.1.2	Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten §§ 74-74f StGB	106
14.4.2	Verwarnung mit Strafvorbehalt, §§ 59 ff. StGB	107
14.5	Absehen von Strafe, § 60 StGB	108
15	Tateinheit und Tatmehrheit	109
15.1	Tateinheit, § 52 Abs. 1 StGB	109
15.2	Tatmehrheit, § 53 Abs. 1, §§ 54, 55 StGB	111
16	Der Strafantrag	113
16.1	Allgemeines	113
16.2	Erforderlichkeit	115
16.2.1	Haus- und Familiendiebstahl, § 247 StGB	116
16.2.2	Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen, § 248a StGB	116
16.3	Antragsberechtigung, §§ 77, 77a StGB	117
16.4	Adressat und Form des Antrags und Zuständigkeit, § 158 Abs. 2 StPO	119
16.5	Antragsfrist, § 77b StGB	122
16.6	Rücknahme des Antrags, § 77d StGB	125
II.	MATERIELLES STRAFRECHT BESONDERER TEIL	127
17	Einleitung Besonderer Teil	129
18	Straftaten gegen das Leben	131
18.1	Allgemeines	131
18.2	Mord, § 211 StGB	132
18.3	Totschlag, § 212 StGB	134
18.4	Fahrlässige Tötung, § 222 StGB	135
19	Körperverletzung	136
19.1	Körperverletzung, § 223 StGB	136
19.2	Qualifizierungen und Strafzumessungen allgemein	137
19.2.1	Qualifizierung	137
19.2.2	Strafzumessung	138
19.3	Gefährliche Körperverletzung, § 224 StGB (Qualifizierung)	139
19.4	Schwere Körperverletzung, § 226 StGB (Qualifizierung)	140
19.5	Körperverletzung mit Todesfolge, § 227 StGB (Qualifizierung)	142
19.6	Körperverletzung im Amt, § 340 StGB	142

19.7	Fahrlässige Körperverletzung, § 229 StGB.....	144
20	Straftaten gegen persönliche Friedens- und Geheimbereiche	145
20.1	Hausfriedensbruch, § 123 StGB	145
20.2	Beleidigung, § 185 StGB.....	146
20.3	Nötigung, § 240 StGB	149
20.4	Verletzung des Briefgeheimnisses, § 202 StGB	151
21	Straftaten gegen Eigentum und Vermögen	152
21.1	Diebstahl, § 242 StGB	152
21.2	Qualifizierungen, Strafzumessungen des Diebstahls.....	157
21.2.1	Diebstahl mit Waffen, Bandendiebstahl, Wohnungsdiebstahl, § 244 StGB (Qualifizierung)	158
21.2.1.1	Diebstahl mit Waffen oder Werkzeugen, § 244 Abs. 1 Nr. 1 StGB	158
21.2.1.2	Bandendiebstahl, § 244 Abs. 1 Nr. 2 StGB	160
21.2.1.3	Wohnungseinbruchsdiebstahl, § 244 Abs. 1 Nr. 3 StGB.....	160
21.2.1.4	Wohnungseinbruchsdiebstahl in dauerhaft genutzte Privatwohnungen, § 244 Abs. 4 iVm. Abs. 1 Nr. 3 StGB.....	161
21.2.2	Schwerer Bandendiebstahl, § 244a StGB (Qualifizierung)	161
21.2.3	Besonders schwerer Fall des Diebstahls, § 243 Abs. 1 Satz 2 StGB (Strafzumessungsregelung).....	162
21.3	Unbefugter Gebrauch eines Fahrzeugs, § 248b StGB	165
21.4	Entziehung elektrischer Energie, § 248c StGB	166
21.5	Unterschlagung, § 246 StGB	167
21.6	Sachbeschädigung, § 303 StGB.....	169
21.7	Betrug, § 263 StGB.....	171
22	Gefährdung der Rechtspflege.....	175
22.1	Falsche uneidliche Aussage, § 153 StGB.....	175
22.2	Meineid, § 154 StGB	176
22.3	Falsche Versicherung an Eides Statt, § 156 StGB	178
22.4	Verwahrungsbruch, § 133 StGB	180
23	Urkundenfälschung, § 267 StGB	181
24	Straftaten im Amt	185
24.1	Falschbeurkundung im Amt, § 348 StGB.....	185
24.2	Vorteilsannahme, § 331 StGB	186
24.3	Bestechlichkeit, § 332 StGB	188
24.4	Verletzung des Dienstgeheimnisses, § 353b Abs. 1 StGB ..	189
25	Vollrausch, § 323a StGB	191

26	Trunkenheit im Verkehr, § 316 StGB	193
27	Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs..	194
27.1	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, § 201 Abs. 1 StGB	194
27.2	Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten, § 201a Abs. 1 StGB	195
28	Juristische Arbeitsmethode mit Strafrechtsfällen	197
28.1	Vorbereitung oder „Wie gehe ich an einen Fall heran?“	197
28.2	Die Subsumtion im Gutachtenstil	197
28.3	Ergänzende Hinweise für die Klausur	201

I. MATERIELLES STRAFRECHT ALLGEMEINER TEIL

1 Der staatliche Strafanspruch oder „Auge um Auge, Zahn um Zahn“

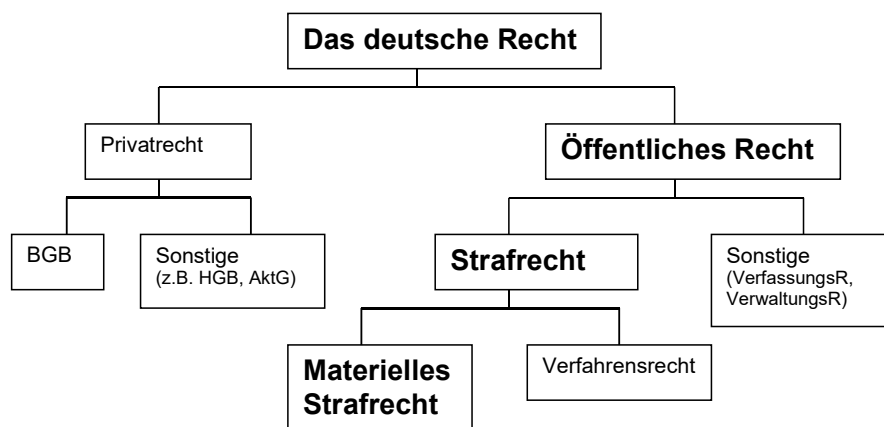
Das waren noch Zeiten, als man dem Höhlennachbarn die Keule über den Kopf gezogen hat, weil er ein Stück vom Mammut geklaut hatte oder als im Mittelalter die Grundherren oder kleine Beamte jemandem auch für einen kleinen Diebstahl sofort die Hand abhackten.

Diese Zeiten sind heute glücklicherweise vorbei – oder sollte man sagen „leider“ vorbei? Denn würden Sie in der Steinzeit oder im Mittelalter leben, müssten Sie jetzt kein Strafrecht lernen.

Auf jeden Fall hat der Staat irgendwann einmal für alle verbindlich festgelegt, was man nicht tun darf (Straftatbestand) und was passiert, wenn man gegen diese Verbote verstößt (Rechtsfolgen). Diese sog. staatlichen Strafansprüche sind im Strafgesetzbuch (StGB) und dort im Besonderen Teil aufgeführt. Natürlich gibt es noch zahlreiche andere Gesetze, die Straftatbestände enthalten, aber mit denen müssen Sie sich in der Ausbildung nicht herumärgern.

Der Staat hat sich außerdem vorbehalten, dass nur er allein Straftaten verfolgen und vollstrecken darf und wie das bei einem Monopol so ist, **muss** deshalb der Staat natürlich auch von Amts wegen eingreifen, wenn eine solche Straftat begangen wurde (Offizialprinzip).

Damit Sie überhaupt verstehen, was Sie lernen, sollten Sie auch wissen, wo das materielle Strafrecht überhaupt einzuordnen ist. Dabei soll Ihnen folgende Übersicht helfen:



11 Die Schuld oder „Der Schlüssel zur Strafzumessung“



Die dritte und letzte Prüfungsstufe der „Schuld“ geht ebenfalls nicht explizit aus dem Gesetz hervor, sie muss aber immer geprüft werden, sobald die Tatbestandsmäßigkeit und Rechtswidrigkeit bejaht wurde.

Bei der Schuld wird nicht die Tat an sich, sondern der Täter selbst genauer unter die Lupe genommen. Nach der Schwere der Schuld richtet sich auch die Strafzumessung, § 46 StGB – natürlich nur in den Grenzen, die die einzelnen Straftatbestände zulassen!

Grundsätzlich gilt, wie bei der Rechtswidrigkeit, das **Regel-Ausnahme-Verhältnis**, d.h. wer tatbestandsmäßig und rechtswidrig handelt, handelt auch schuldhaft.

In diesem Fall reicht es in der Klausur völlig aus zu schreiben, dass die Schuld indiziert ist.

Merke:

Wer tatbestandsmäßig und rechtswidrig handelt, handelt im Regelfall auch schuldhaft.

Allerdings müssen auch hier wieder **Ausnahmen** berücksichtigt werden. Denn was halten Sie davon, wenn ein 8-Jähriger eine Fensterscheibe mit dem Fußball einschlägt und dann vom Gericht wegen Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe verurteilt wird?

Auf der Stufe der Schuld muss daher zum einen die **Schuldfähigkeit** des Täters überprüft werden und zum anderen gibt es Gründe, die das Verhalten eines Täters entschuldigen (**Entschuldigungsgründe**).

11.1 Schuldfähigkeit

Bei welchen Personen ist nun die Schuldfähigkeit ausgeschlossen? Das beantworten uns die §§ 19 und 20 StGB.

- a) Kinder, die bei Begehung der Tat unter 14 Jahren sind, sind schuldunfähig, § 19 StGB.

Diese Feststellung dürfte in Klausuren keinerlei Probleme bereiten.

- b) Personen, denen aufgrund einer seelischen Störung das Unrechtsbewusstsein oder die Steuerungsfähigkeit fehlt, § 20 StGB. Dies ist der Fall bei:

- Krankhafter seelischer Störung, z.B. Schizophrenie, manische Depression, Alzheimer.

Hierher gehört auch der Alkohol- oder Drogenrausch. Dabei ist auf die Menge des konsumierten Alkohols oder der Drogen abzustellen und es bedarf in der Praxis immer einer Einzelfallprüfung. Der allgemeine Richtwert bei Alkohol, bei dem von Schuldunfähigkeit ausgegangen werden kann, liegt bei 3,00 Promille. In diesem Fall ist und bleibt der Täter hinsichtlich seiner Tat schuldunfähig. Allerdings käme dann automatisch die Strafbarkeit wegen Vollrausch, § 323a StGB in Betracht, diesen müssen Sie jedoch nicht prüfen können (dazu später im Besonderen Teil Kapitel „Vollrausch“)!

Anmerkung außerhalb des Rahmenstoffplans:

Stellen Sie sich vor, ein Mann will seine Ehefrau umbringen und betrinkt sich (vorsätzlich oder fahrlässig) so stark, weil er sich Mut antrinken will und sich in diesem Zustand der Schuldunfähigkeit nicht strafbar machen kann. Er bringt seine Frau mit 3,1 Promille um. Nachdem, was wir oben gesagt haben, wäre er schuldunfähig und käme für den anschließend zu prüfenden Vollrausch mit einer Freiheitsstrafe bis zu maximal 5 Jahren davon. Jemandem mit gesundem Rechtsempfinden dreht es dabei den Magen um. Daher hat die Rechtsprechung eine Hintertüre geschaffen, um diesen Missstand zu beheben – die sog. „actio libera in causa“ (übersetzt: freie ursächliche Handlung), abgekürzt „a.l.i.c.“. Dabei verlegt man die Verantwortlichkeit für die Tat vor das Betrinken, d.h. in unserem Fall hat der Ehemann in vollem Bewusstsein den Mord geplant und danach erst das Trinken begonnen. Somit wäre er wegen Mordes i.V.m a.l.i.c. zu bestrafen. Aber glücklicherweise ist die a.l.i.c. nicht Gegenstand Ihres Rahmenstoffplans.

- Tiefgreifende Bewusstseinsstörung, d.h. die Trübung oder Einengung des Bewusstseins, z.B. Affekt, schwere Erschöpfung oder Übermüdung

- Intelligenzminderung, d.h. eine Minderung der kognitiven Leistungsfähigkeit. Eine intellektuelle Minderbegabung reicht hier natürlich nicht aus!
- Andere schwere seelische Abartigkeit, z.B. Triebstörung oder krankhafter Drang zu Gewalt

In der Praxis können diese Störungen nur durch Sachverständige in Gutachten festgestellt werden.

In der Klausur muss Ihnen ein eindeutiger Hinweis im Sachverhalt gegeben werden. Dabei ist die Unterscheidung, ob eine krankhafte seelische Störung, eine tiefe Bewusstseinsstörung oder eine andere seelische Abartigkeit vorliegt, nicht von Bedeutung!

!Achtung!

§ 21 StGB ist kein Schuldausschließungsgrund! Dieser Paragraph spricht nur von einer verminderten Schuldfähigkeit, die sich lediglich strafmildernd auf das Strafmaß auswirken kann!

11.2 Entschuldigungsgründe

Während bei Schuldunfähigkeit gar keine Schuld entsteht, entschuldigen gewisse Situationen die Begehung einer rechtswidrigen Straftat. Zwei dieser Entschuldigungsgründe ist die **Überschreitung der Notwehr**, § 33 StGB, und der **entschuldigende Notstand**, § 35 StGB.

11.2.1 Überschreitung der Notwehr, § 33 StGB

Diese Überschreitung der Notwehr wird auch als Notwehrexzess bezeichnet.

Wenn Sie auf der Stufe der Rechtswidrigkeit bei den Rechtfertigungsgründen aufgepasst haben, wissen Sie noch, dass bei der Notwehr (§ 32 StGB) u.a. eine Notwehrlage vorliegen muss und der Angriff durch die erforderliche Notwehrhandlung (mit geringstem Schaden) abgewehrt wird. Wir haben auch bereits festgestellt, dass kein Rechtfertigungsgrund der Notwehr vorliegt, wenn eben diese Erforderlichkeit überschritten wird (wenn Ihnen das alles jetzt wieder spanisch vorkommt, lesen Sie sich das Kapitel über die Rechtswidrigkeit noch mal durch!).

Unter bestimmten Voraussetzungen hilft eventuell noch der Entschuldigungsgrund des § 33 StGB.

Voraussetzungen des § 33 StGB sind:

- Vorliegen einer Notwehrlage zum Tatzeitpunkt (die haben Sie ja schon auf Stufe der Rechtswidrigkeit bei der Notwehr geprüft und brauchen nur nach oben verweisen)
- Überschreitung der erforderlichen Notwehrhandlung (das haben Sie bei Prüfung der Notwehr ja eben festgestellt)
- aus Verwirrung, Furcht oder Schrecken

Beispiel:

Eine Frau wird im Park überfallen. Dabei gerät sie so sehr in Todesangst, dass sie ihre Pistole zückt und statt eines ausreichenden Schusses ins Bein dem Täter einen Kopfschuss verpasst. Hat sich die Frau des Totschlags (§ 212 StGB) strafbar gemacht? Prüfen Sie gutachtlich!

Lösung:

Objektiver und subjektiver Tatbestand des § 212 StGB sind erfüllt (es liegt übrigens Vorsatz vor, da sie in diesem Moment ganz bewusst einen Kopfschuss ansetzen wollte!).

Fraglich ist, ob die Frau rechtswidrig gehandelt hat. Es könnte der Rechtfertigungsgrund der Notwehr vorliegen, § 32 StGB.

Notwehrlage (gegenwärtiger und rechtswidriger Angriff) liegt vor, da sie in diesem Moment von dem Täter überfallen wird. Allerdings war der Kopfschuss nicht notwendig, um den Angriff abzuwehren. Es hätte ein Schuss ins Bein, wenn überhaupt, ausgereicht.

Die Frau handelt nicht in Notwehr und somit rechtswidrig.

Fraglich ist, ob die Frau schuldhaft handelt.

(Sie ist schuldfähig (mangels entgegenstehender Angaben im Sachverhalt.))

Es könnte der Entschuldigungsgrund der Überschreitung der Notwehr vorliegen, § 33 StGB.

Dazu muss der Täter die Grenzen der Notwehr überschritten haben aus Verwirrung, Furcht oder Schrecken.

Die Notwehrlage liegt vor (s.o.). Die erforderliche Verteidigung wurde überschritten (s.o.).

Die Frau ist laut Sachverhalt in Todesangst und schießt deshalb dem Täter aus Furcht und Schrecken nicht nur ins Bein, sondern in den Kopf.

*Somit greift der Entschuldigungsgrund des § 33 StGB.
Die Frau handelt nicht schuldhaft.
Sie hat sich nicht des Totschlags § 212 StGB strafbar gemacht.*

11.2.2 Entschuldigender Notstand § 35 StGB

Wichtiger Hinweis: nur für Interessierte! Nicht mehr im Rahmenstoffplan JFW!

Der entschuldigende Notstand wird auf der Stufe der Schuld geprüft. Er ist systematisch ähnlich aufgebaut wie der rechtfertigende Notstand, der allerdings auf Stufe der Rechtswidrigkeit geprüft wird!

Sie erinnern sich:

Notstandslage

Notstandshandlung

Rettungswille

Notstandslage

ist eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit (ausschließlich!) des Täters selbst, eines Angehörigen oder einer sonstigen nahestehenden Person.

Notstandshandlung

Die Gefahr darf gar nicht anders abwendbar sein, als durch die Notstandshandlung – sie muss also der einzige Ausweg sein.

Im Gegensatz zum rechtfertigenden Notstand muss hier keine Güterabwägung stattfinden! Es reicht vielmehr aus, dass die Hinnahme der Gefahr unzumutbar ist. Hinzunehmen wäre die Gefahr z.B., wenn der Täter selbst die Gefahr verursacht hat oder er in einem besonderen Rechtsverhältnis steht (z.B. Soldaten, Polizisten, Schiffskapitäne), § 35 Abs. 1 Satz 2 StGB.

Rettungswille

Auch hier darf der „Retter“ nur handeln, „um die Gefahr ... abzuwenden...“.

Beispiel:

Die Titanic geht unter. A und B sehen gleichzeitig einen Rettungsring, der allerdings nur einen von beiden retten könnte. A ist als erster bei dem Rettungsring und schwimmt mit ihm davon. B ertrinkt deshalb.

II. MATERIELLES STRAF- RECHT BESONDERER TEIL

17 Einleitung Besonderer Teil

Wir haben uns im ersten Kapitel „Allgemeiner Teil“ in aller Ausführlichkeit mit der allgemeinen Prüfung von Straftatbeständen anhand des dreistufigen Verbrechensaufbaus (Tatbestand, Rechtswidrigkeit, Schuld) oder anderer Aufbauschemata z.B. beim Versuch beschäftigt. Dabei haben Sie bereits eine ganze Reihe an Delikten mehr oder weniger oberflächlich kennen gelernt, denn ohne die hätte man die Inhalte des Allgemeinen Teils gar nicht erklären können.

Als nächstes nehmen wir uns im Rahmen des Besonderen Teils die verschiedenen Delikte aus dem Rahmenstoffplan genauer unter die Lupe. Denn wie bereits ganz am Anfang des Buches angedroht, besteht für augenscheinlich einfache objektive Tatbestandsmerkmale teilweise doch Erläuterungsbedarf. Schlimmer noch: eigentlich gibt es für fast jedes objektive Tatbestandsmerkmal eine genaue Definition! Diese Definitionen (z.B. Was ist „Wegnahme“? Was ist „körperlich misshandeln“? etc.) stünden auch alle in den Kommentaren zum Strafgesetzbuch, aber nachdem Sie keine Kommentare verwenden dürfen und keiner von Ihnen verlangen kann, dass Sie alle Definitionen auswendig lernen, sollen Sie im Folgenden ein Gefühl für manche Begriffe bekommen. Ziel des Ganzen ist es, dass Sie am Ende Fälle gutachtlich lösen können und dazu müssen Sie mit dem Sachverhalt begründen können, warum die Voraussetzungen eines Straftatbestandes erfüllt sind (= Subsumtion). Aber darüber mehr im Kapitel „Juristische Arbeitsmethode in Strafrechtsfälle“.

Eine Übersicht, was Sie im folgenden Abschnitt erwartet:

Straftaten gegen das Leben (nicht mehr im Rahmenstoffplan JFW)

- ✓ Totschlag § 212 StGB
- ✓ Mord § 211 StGB
- ✓ Fahrlässige Tötung § 222 StGB

Körperverletzung

- ✓ Körperverletzung § 223 StGB samt Qualifikationen
 - Gefährliche Körperverletzung § 224 StGB
 - Schwere Körperverletzung § 226 StGB (nicht mehr im Rahmenstoffplan JFW)
 - Körperverletzung im Amt § 340 StGB (Amtsdelikt)
- ✓ Fahrlässige Körperverletzung § 229 StGB

Straftaten gegen persönliche Friedens- und Geheimbereiche

- ✓ Hausfriedensbruch § 123 StGB
- ✓ Beleidigung § 185 StGB
- ✓ Nötigung § 240 StGB
- ✓ Sachbeschädigung § 303 StGB
- ✓ Verletzung des Briefgeheimnisses § 202 StGB

Straftaten gegen Eigentum und Vermögen

- ✓ Diebstahl § 242 StGB samt Qualifikationen (§-244 StGB) Strafzumessung (§ 243 StGB) und sonstige Formen (§§ 248b, 248c StGB (nicht mehr im Rahmenstoffplan JFW))
- ✓ Unterschlagung § 246 StGB
- ✓ Betrug § 263 StGB

Urkundenfälschung

- ✓ Urkundenfälschung § 267 StGB in Abgrenzung zur Falschbeurkundung im Amt § 348 StGB

Straftaten im Amt

- ✓ Falschbeurkundung im Amt § 348 StGB
- ✓ Vorteilsannahme § 331 StGB
- ✓ Bestechlichkeit § 332 StGB
- ✓ Verletzung des Dienstgeheimnisses § 353b Abs. 1 StGB
- ✓ (Körperverletzung im Amt § 340 StGB)

Gefährdung der Rechtspflege

- ✓ Falsche uneidliche Aussage § 153 StGB
- ✓ Meineid § 154 StGB
- ✓ Falsche Versicherung an Eides Statt § 156 StGB
- ✓ Verwahrungsbruch § 133 StGB

Gemeingefährliche Straftaten

- ✓ Trunkenheit im Verkehr § 316 StGB

Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs

- ✓ Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes § 201 StGB
- ✓ Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen § 201a StGB

19 Körperverletzung

Bei der Körperverletzung müssen wir folgende Formen voneinander abgrenzen:

- (vorsätzliche) Körperverletzung, § 223 StGB
- gefährliche Körperverletzung, § 224 StGB (Qualifizierung)
- Körperverletzung im Amt, § 340 StGB (Qualifizierung, Amtsdelikt)
- *schwere Körperverletzung*, § 226 StGB (Qualifizierung)
- *Körperverletzung mit Todesfolge*, § 227 StGB (Qualifizierung)
- Fahrlässige Körperverletzung, § 229 StGB

Bei allen Körperverletzungsdelikten ist das verletzte Rechtsgut und Angriffsgegenstand der Körper und die Gesundheit eines Menschen.

Die Einwilligung in die Körperverletzung, § 228 StGB, stellt einen besonderen Rechtfertigungsgrund dar (siehe Allgemeiner Teil, Kapitel „Rechtswidrigkeit“).

19.1 Körperverletzung, § 223 StGB

Objektiver Tatbestand

- **andere Person**
- **körperliche Misshandlung**
 - = Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens oder der körperlichen Unversehrtheit wie z.B.:
 - Schmerz
 - Substanzverlust = z.B. Haare abschneiden

oder

Beschädigung der Gesundheit

= Herbeiführung oder Steigerung einer körperlichen oder seelischen Krankheit

Subjektiver Tatbestand: keine Besonderheit

Rechtswidrigkeit und Schuld: keine Besonderheit

Strafantrag grundsätzlich erforderlich, es sei denn, die Strafverfolgungsbehörde bejaht das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung § 230 StGB.

19.2 Qualifizierungen und Strafzumessungen allgemein

19.2.1 Qualifizierung

Die gefährliche und schwere Körperverletzung sowie die Körperverletzung mit Todesfolge (letzteres ist nicht im Rahmenstoffplan für Justizfachwirte enthalten) sind sog. **Qualifizierungen** der Körperverletzung, d.h. zu der Körperverletzung müssen noch weitere Faktoren hinzukommen.

Dies ergibt sich schon aus der Formulierung im § 224 StGB „Wer die (vorsätzliche) Körperverletzung (nach § 223 StGB) **durch... begeht**, ...“. Im § 226 StGB: „Hat die (vorsätzliche) Körperverletzung (nach § 223 StGB) **zur Folge, dass** ...“. Oder im § 227 StGB: „**Verursacht** der Täter durch die (vorsätzliche) Körperverletzung (nach § 223 StGB) **den Tod**...“.

Aufbautechnisch halten wir uns dabei grundsätzlich an unser gewohntes Schema Tatbestand – Rechtswidrigkeit – Schuld. Allerdings muss bei Qualifizierungen immer erst der Grundtatbestand (objektiver und subjektiver Tatbestand), hier also die Körperverletzung nach § 223 StGB, geprüft werden. Dabei muss die Körperverletzung als Grundtatbestand immer vorsätzlich begangen worden sein.

!Achtung!

Bei einer fahrlässigen Körperverletzung gibt es keine Qualifizierung! (auch die fahrlässig begangene gefährliche Körperverletzung ist letztendlich nur eine fahrlässige Körperverletzung nach § 229 StGB)!

Aufbauschema bei Qualifizierungsdelikten

1. Tatbestandsmäßigkeit des Grunddelikts

- Objektiver Tatbestand
- Subjektiver Tatbestand → Vorsatz grundsätzlich erforderlich!

2. Tatbestandsmäßigkeit des Qualifizierungsdelikts

- Objektiver Tatbestand der Qualifizierung
- Subjektiver Tatbestand → Vorsatz hinsichtlich des Qualifizierungsmerkmals
(**Achtung:** bei §§ 226, 227 StGB reicht Fahrlässigkeit hinsichtlich der Qualifizierungsmerkmale aus, § 18 StGB!)

3. Rechtswidrigkeit

4. Schuld

19.2.2 Strafzumessung

Im Gegensatz zu den Qualifizierungen enthält das Gesetz bei manchen Delikten auch sogenannte **Strafzumessungsregelungen** (z.B. „besonders schwere Fall des Diebstahls“ nach § 243 StGB). Diese Strafzumessungen erkennt man bereits am Gesetzeswortlaut „**besonders schwerer Fall des...**“.

Hier ist aufbautechnisch zu beachten, dass das „Grunddelikt“ komplett fertig zu prüfen ist, also Tatbestand – Rechtswidrigkeit – Schuld und erst ganz am Ende das Vorliegen eines „besonders schweren Falls der...“ geprüft wird. Dabei ist nur der Tatbestand zu prüfen, welches den Fall zum besonders schweren Fall macht.

Aufbauschema bei Strafzumessungen

1. Tatbestandsmäßigkeit des Grunddelikts

- Objektiver Tatbestand
- Subjektiver Tatbestand

2. Rechtswidrigkeit

3. Schuld

4. Besonders schwerer Fall

- Zusätzliches objektive Voraussetzung
- Subjektive Voraussetzung hinsichtlich der (zusätzlichen) objektiven Voraussetzung

Auswirkung hat sowohl die Qualifizierung als auch die Strafzumessung auf das **Strafmaß**.

Allerdings führt eine Qualifizierung u.U. zur Einordnung eines Delikts als Verbrechen § 12 Abs. 1 StGB, wenn die Qualifizierung eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr eröffnet (z.B. bei § 226 oder § 244a StGB) obwohl das Grunddelikt nur ein Vergehen (§ 12 Abs. 2 StGB) ist (z.B. § 223 oder § 242 StGB).

Die Strafzumessung kann hingegen auch zu einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr führen, die Einordnung des Delikts als Vergehen bleibt allerdings unberührt, § 12 Abs. 3 StGB!

19.3 Gefährliche Körperverletzung, § 224 StGB (Qualifizierung)

Im Falle der gefährlichen Körperverletzung nach § 224 StGB liegt die Qualifizierung in der besonderen **Begehungsart**.

Grundtatbestand (objektiv und subjektiv) der vorsätzlichen Körperverletzung muss vorliegen, § 223 StGB

Qualifizierung wegen besonderer Begehungsart, § 224 Abs. 1 StGB

Objektiver Qualifizierungstatbestand

- Nr. 1: durch Gift und andere gesundheitsschädliche Stoffe
- Nr. 2: mittels Waffe (z.B. Messer, Schlagstock, Pistole)
oder
anderen gefährlichen Werkzeugs = körperlicher Gegenstand, der je nach Beschaffenheit und der Art der Verwendung im konkreten Einzelfall geeignet ist, erhebliche Verletzungen herbeizuführen (z.B. Baseballschläger, spitze Schuhe)
- Nr. 3: mittels hinterlistigem Überfall → Täter erschwert Opfer die Verteidigungsmöglichkeit mit List (z.B. durch Schlafmittel; Locken in Hinterhalt; nicht schon der bloße Schlag von hinten)
- Nr. 4: mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich
- Nr. 5: mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung
→ Behandlung muss Leben nicht tatsächlich gefährden, sondern nur dafür geeignet sein (z.B. wuchtig geführter Kopfstoß, Stoßen in tiefes oder kaltes Wasser, Hetzen eines Kampfhundes auf Menschen, Hinunterstoßen von einem fahrenden Fahrrad, Moped...)

Subjektiver Tatbestand

Vorsatz muss die Gefährlichkeit umfassen!

Rechtswidrigkeit und Schuld: Keine Besonderheiten

*Hier ist kein **Strafantrag** erforderlich.*

24 Straftaten im Amt

Die Straftaten im Amt sind für Sie insofern interessant, als dass Sie wissen sollten, auf was Sie sich einlassen, wenn Sie von einem Bürger 100 € bekommen, damit Sie beispielsweise seine Grundbucheintragung schneller machen oder damit Sie seine Straftaten verschwinden lassen oder gar, dass Sie als Präsentatsbeamter im Grundbuch ein falsches Eingangsdatum auf eine notarielle Urkunde stempeln!

Anmerkung:

Zu den Straftaten im Amt gehört auch die Körperverletzung im Amt nach § 340 StGB, allerdings haben wir die systematischer Weise bereits bei den Körperverletzungsdelikten besprochen.

24.1 Falschbeurkundung im Amt, § 348 StGB

Objektiver Tatbestand

- **Amtsträger** (§ 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB)
- **zur Aufnahme öffentlicher Urkunden** (vgl. § 415 ZPO) **befugt**
- **Handeln innerhalb seiner (sachlichen und örtlichen) Zuständigkeit**
- **rechtlich erhebliche Tatsachen**
- **falsch beurkundet**
 oder
 in ein öffentliches Register, Bücher oder Dateien (z.B. Grundbuch, Handelsregister, Sterberegister etc.) **falsch einträgt oder eingibt**

!Achtung!

In Abgrenzung zur Urkundenfälschung, § 267 StGB (s.o.), liegt die Falschbeurkundung im Amt, § 348 StGB (abgesehen davon, dass die Falschbeurkundung im Amt nur von einem Amtsträger begangen werden kann) vor, wenn jemand eine echte Urkunde herstellt, aber mit falschem Inhalt.

Subjektiver Tatbestand: keine Besonderheit

Rechtswidrigkeit und Schuld: keine Besonderheit

*Hier ist kein **Strafantrag** erforderlich.*

Beispiel:

Sie sind als Protokollführer in Strafsachen eingesetzt. Der Angeklagte erscheint ohne seinen Pflichtverteidiger. Sie nehmen aber aus Versehen im Protokoll auf, dass der Pflichtverteidiger anwesend war.

Sie sind als Protokollführer Beamter und somit auch Amtsträger (§ 11 Abs. 1 Nr. 2a StGB) und als solcher zum einen zur Aufnahme öffentlicher Urkunden, nämlich des Protokolls, befugt, als auch hierfür örtlich und sachlich zuständig. Die Protokollierung der Anwesenheit des Pflichtverteidigers ist auch eine rechtlich erhebliche Tatsache, da dies ein Revisionsgrund wäre. Diese Tatsache haben Sie falsch beurkundet, da der Pflichtverteidiger gar nicht da war. Sie hätten also objektiv eine Falschbeurkundung in Amt begangen! Aber Vorsicht!
Hier scheitert Ihre Strafbarkeit natürlich am Vorsatz, § 15 StGB!

24.2 Vorteilsannahme, § 331 StGB

Objektiver Tatbestand

- **Amtsträger** (§ 11 Abs. 1 Nr. 2, 3 StGB)
oder
für öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter (§ 11 Abs. 1 Nr. 4 StGB)
- **für sich oder Dritten**
- **Vorteil** = jede materielle (z.B. Geld, Rabatte, Sachwerte, Urlaubsreisen) oder immaterielle (z.B. Karriereaussichten, Ehrungen, Unterstützung bei Wahlen) Zuwendung, die den Amtsträger oder einen Dritten objektiv besser stellt und auf die er keinen Anspruch hat.
 - **fordern** oder
 - **versprechen lassen** oder
 - **annehmen**
- **für eine (pflichtgemäße) Dienstausübung**
= bereits vergangene oder künftige plichtgemäße Handlung im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben (wird ein Vorteil für eine pflichtwidrige Diensthandlung gefordert, liegt Bestechlichkeit, § 332 StGB vor!).

Subjektiver Tatbestand

Der Vorsatz (§ 15 StGB) muss auch auf den Abschluss einer „Unrechtsvereinbarung“ gerichtet sein, d.h. der Täter muss wissen und wollen, dass die Zuwendung für die Dienstausbübung gefordert, versprochen, angenommen wird.

Rechtswidrigkeit

Außer durch die allgemeinen Rechtfertigungsgründe, kann die Vorteilsannahme durch § 331 Abs. 3 StGB gerechtfertigt sein (Rechtfertigungsgrund), wenn die zuständige Behörde die Annahme vorher genehmigt (eigentlich einwilligt, § 183 BGB) oder nachträglich nach unverzüglicher Anzeige durch den Täter genehmigt.

Schuld: keine Besonderheiten

*Hier ist kein **Strafantrag** erforderlich.*

Beispiel:

Der Rechtspfleger R im Grundbuchamt fordert für die schnellere Eintragung der Auflassungsvormerkung vom Grundstückserwerber G 100 €. G willigt ein, R macht die Eintragung, G zahlt aber dann doch nicht.

Der Rechtspfleger ist Beamter und somit Amtsträger, § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB. Er fordert für sich einen Vorteil, nämlich 100 €, für eine pflichtgemäße Diensthandlung (er hätte die Auflassungsvormerkung sowieso eintragen müssen und können), die er aber wegen der 100 € schneller vorgenommen hat. Ob G dann wirklich den geforderten Betrag bezahlt, ist unerheblich.

Subjektiv wusste und wollte R die 100 € fordern für eine schnellere Eintragung.

Anmerkung außerhalb des Rahmenstoffplans:

Auf der anderen Seite hätte sich G wegen Vorteilsgewährung, § 333 StGB, strafbar gemacht, da er einem Amtsträger einen Vorteil angeboten hat, damit dieser eine pflichtgemäße Diensthandlung vornimmt.

Wird Tat durch einen Richter oder Schiedsrichter gegangen, liegt eine **Qualifizierung** vor, § 331 Abs. 2 StGB.

28 Juristische Arbeitsmethode mit Strafrechtsfällen

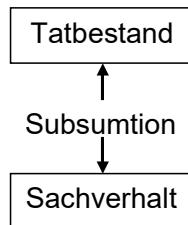
28.1 Vorbereitung oder „Wie gehe ich an einen Fall heran?“

1. **Sachverhalt** und die **Fragen** in Ruhe durchlesen, um sich einen Überblick über den gesamten Fall zu verschaffen.
2. Bei einem umfangreichen Sachverhalt teilen Sie diesen beim zweiten Durchlesen zunächst in **Tatkomplexe** (siehe Übung 2 im Kapitel „Die Suche nach dem staatlichen Strafanspruch“). Jetzt können Sie relevante Angaben im Sachverhalt anstreichen. Den Sachverhalt sollten Sie jetzt schon in Bezug auf die Fragen durchlesen.
Beispiele der Fragestellung:
 - Strafbarkeit der Beteiligten?
 - Strafbarkeit von A, B und C?
 - Strafbarkeit von A?
 - Hat sich A wegen § ... StGB strafbar gemacht?
3. **Straftatbestand suchen** → Zu jedem Tatkomplex suchen Sie sich dann die in Frage kommenden Normen heraus.
4. **Entwurfsskizze** für jedes in Frage kommende Delikt fertigen, in der jedes einzelne Tatbestandsmerkmal in gekürzter Schreibweise skizziert wird. Wenn Sie den Sachverhalt nochmals anhand der Skizze durchgehen, können Sie evidente, unproblematisch gegebene Merkmale beispielsweise mit <+> kennzeichnen, Merkmale die kurz erörtert werden sollten mit <+> und problematische Merkmale mit <?> oder <!>.

28.2 Die Subsumtion im Gutachtenstil

Die Subsumtion ist der Kern des strafrechtlichen Arbeitens.

Definition:
Subsumtion ist die Unterordnung eines Sachverhalts unter einen Tatbestand.



In einer Klausur müssen Sie immer den 3-stufigen Verbrechenaufbau berücksichtigen, also Tatbestandsmäßigkeit – Rechtswidrigkeit – Schuld. Dazu haben Sie im Allgemeinen und auch im Besonderen Teil bereits verschiedene Aufbauschemata an die Hand bekommen. Diesbezüglich will der Korrektor in einer Klausur erkennen, dass Sie den entsprechenden Aufbau auch so einhalten.

Bei jedem einzelnen Prüfungspunkt können in einer Klausur Probleme auftauchen. Hier ist die richtige und gute Subsumtion von wesentlicher Bedeutung! Sie müssen den Korrektor davon überzeugen, dass Sie das Problem erkannt haben und nachvollziehbar darlegen, wie Sie zu Ihrer Schlussfolgerung kommen. Wenn Ihnen das gelingt, kann auch einmal eine falsche Schlussfolgerung zur vollen Punktzahl führen, wenn Sie nur überzeugend argumentieren. So ist es ja letztendlich in der Praxis auch, wenn ein Richter seine Entscheidung fällt: Eine Verurteilung hängt oft davon ab, ob ein guter Staatsanwalt oder ein guter Rechtsanwalt am Werke ist.

Um zum richtigen, oder besser gesagt überzeugenden, Ergebnis zu kommen, hilft Ihnen der folgende gutachtliche Dreierschritt:

- 1. Schritt: Frage/Problem aufwerfen**
- 2. Schritt: Begriffsbestimmung/ Definition des Merkmals**
- 3. Schritt: Messen des Sachverhalts an der Begriffsbestimmung/ Definition und Schlussfolgerung**

Dieser Dreierschritt kann natürlich in sich verschachtelt sein, und zwar immer dann, wenn sich bei Schritt 2 ein neues Problem auftut. Sie begeben sich in einem Gutachten also immer auf die Suche nach dem Problem bzw. den Problemen. Das ist übrigens nicht nur im Strafrecht so, sondern bei jeder gutachtlichen Prüfung!

Ich versuche Ihnen das einmal anders darzustellen:

- ① Problem/Frage aufwerfen
- ② Voraussetzungen
 - a) ③
 - b) ... → **Problem!!!** →
 - ① Problem/Frage aufwerfen
 - ② Voraussetzungen/Definition
 - a) ...
 - b) ...
 - ③ Subsumtion der Voraussetzungen + Ergebnis
 - c) ③
- ③ Subsumtion der Voraussetzungen + Endergebnis

Im folgenden Beispielsfall wird Ihnen die Lösung im Gutachtensstil in aller Ausführlichkeit gezeigt. Für eine spätere Klausur brauchen Sie auf unproblematische Punkte nicht mehr in der Genauigkeit eingehen, aber Sie müssen zumindest alles kurz ansprechen (siehe unten „Ergänzende Hinweise für die Klausur“)!

Außerdem haben Sie bereits Formulierungsvorschläge zu einzelnen Fällen im Allgemeinen und Besonderen Teil gesehen.

Die Anmerkungen in Klammern und die Überschriften gehören natürlich nicht in eine Klausur! Die eigentliche Lösung ist grau hinterlegt!

Beispielsfall:

A wird von seiner Freundin B verlassen. Aus Verzweiflung und Rachegehlüsten lässt A deshalb die Luft aus den Reifen des Autos der B.

Prüfen Sie gutachtlich, wie sich A strafbar gemacht hat.